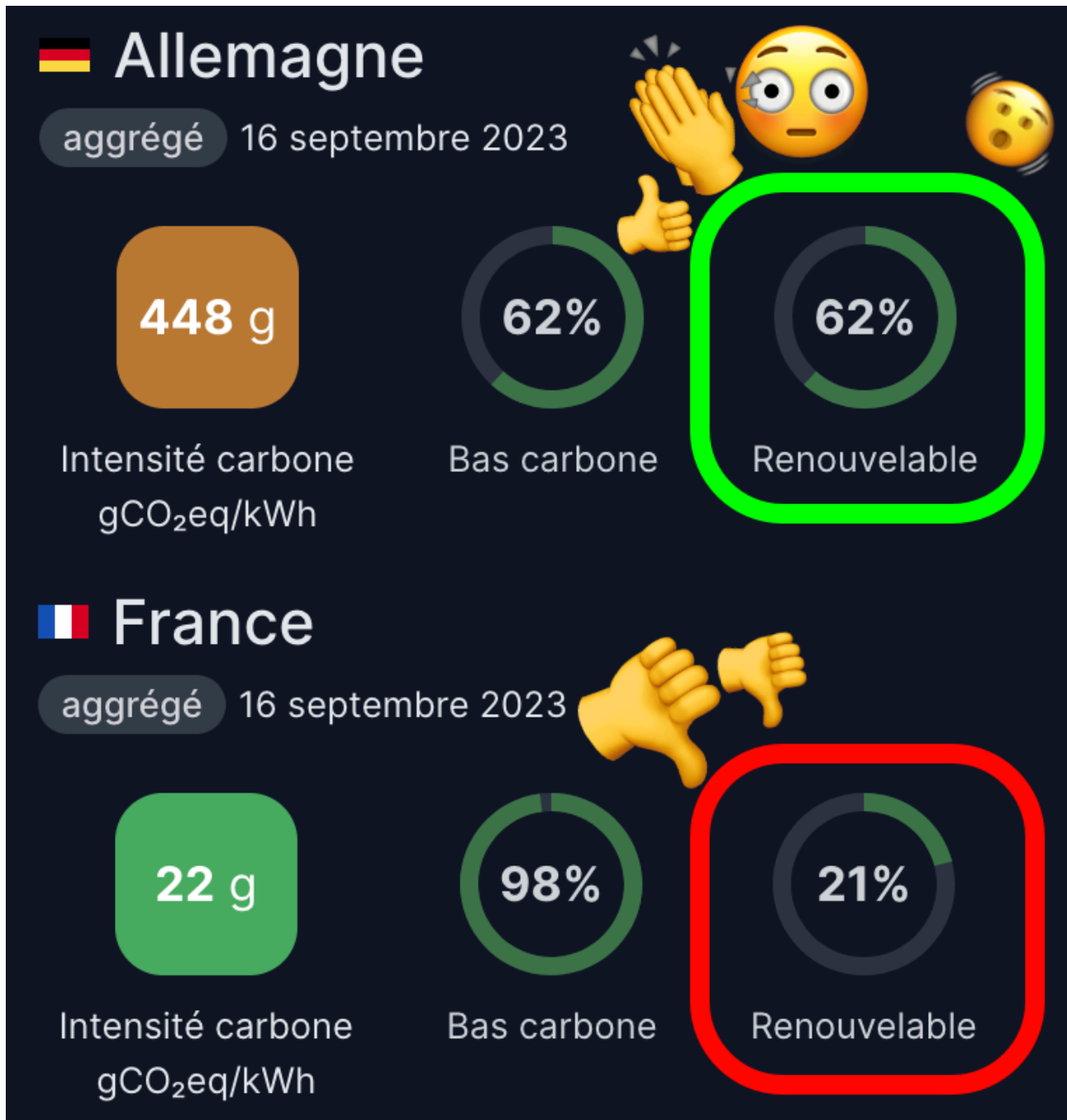


Energiepolitischer Selbstbetrug in Deutschland und Frankreich

geschrieben von Admin | 24. September 2023

von Edgar L. Gärtner



Dieses Schaubild vergleicht die Kohlenstoffintensität der Elektrizitätserzeugung in Deutschland und Frankreich am 16. September 2023. Die deutsche Wirtschaft setzt danach einen fast genau dreimal so hohen Anteil „erneuerbarer“ Energien ein wie die französische und könnte sich dazu, im Einklang mit der herrschenden grünen Ideologie, selbst

beglückwünschen. Vergleicht man aber die Kohlenstoffintensität (Gramm CO₂ je Kilowattstunde), ergibt sich ein ganz anderes Bild: Deutschland pustet je Kilowattstunde Elektrizität nicht weniger als 20 mal mehr CO₂ in die Atmosphäre als Frankreich. (Das ist allerdings nur eine Momentaufnahme und keine Angabe für den Jahresdurchschnitt.) Dieses Missverhältnis kommt offenbar daher, dass die deutsche Politik zwar 600 Milliarden Euro in die „Erneuerbaren“ investiert hat (das sind 60 Prozent der gesamten europäischen Investitionen für diesen Zweck), aber gleichzeitig vollständig aus der Kernenergie ausgestiegen ist. Das schwankende Dargebot der „Erneuerbaren“ kann deshalb in Deutschland nur durch den Einsatz von Kohle oder Gas ausgeglichen werden – in jüngster Zeit immer mehr durch Braunkohle. Deutschland leistet sich offenbar ein extrem teures System des Selbstbetrugs, das an die Geschichten der Bürger von Schilda erinnert.

Vor Selbstbetrug sind aber auch die Politiker und ihre Wähler auf der anderen Seite des Rheins nicht gefeit. Nach Aussage des ehemaligen Chefs des französischen Strom-Monopols haben die Franzosen in den letzten 30 Jahren ihre Augen vor der Tatsache verschlossen, dass die deutsche Politik mithilfe der EU alles unternommen hat, um die Vorteile des französischen Systems der Elektrizitätsversorgung zu untergraben und das nationale Unternehmen EDF letzten Endes in den Ruin zu treiben. Die deutschen Politiker konnten in ihrer großen Mehrheit nicht akzeptieren, dass vor ihrer Haustüre ein Wettbewerber agiert, der sie in Puncto Effizienz und Umweltfreundlichkeit weit in den Schatten stellt. So führte die französische Regierung im Jahre 2003 mithilfe der französischen Grünen (die bei vielen französischen Freunden der Kernkraft nicht von Ungefähr als deutsche Agenten gelten) die „Contribution au Service Public de l'Électricité (CSPE) ein, die auf die Stromrechnungen der Haushalte aufgeschlagen wird. Diese Abgabe dient zu 80 bis 90 Prozent der Finanzierung der „Erneuerbaren“, obwohl die französische Stromversorgung wegen ihrer guten CO₂-Bilanz so etwas gar nicht nötig hätte.

Noch einschneidender ist das im Jahre 2010 von der Pariser Regierung auf Druck Brüssels erlassene Gesetz NOME (Nouvelle Organisation du Marché de l'Électricité), das EDF zwingt, Strom unterhalb seines Gestehungspreises an künstlich herangezüchtete Konkurrenten abzugeben. Henri Proglio erzählt, ursprünglich habe man ihm nur 36 Euro je Megawattstunde zahlen wollen. Nach zähen Verhandlungen habe man sich auf 42 Euro geeinigt. Der wirkliche Selbstkostenpreis des französischen Nuklearstroms liege aber bei Berücksichtigung aller Nebenkosten wie Wartung, Reparatur, Rückbau und Erneuerung bei 60 bis 65 Euro je Megawattstunde. Die stattdessen vorgeschlagenen 36 Euro hätten nur die unmittelbaren Produktionskosten abgedeckt.

Obwohl der französische Staatspräsident Emmanuel Macron seit dem vergangenen Jahr wiederholt angedeutet hat, der Fortentwicklung der Kernenergie wieder Priorität einzuräumen, gibt es bislang nur zaghafte Schritte in diese Richtung. Offenbar passt die mit der Kernenergie

verbundene Perspektive eines Energieangebots im Überfluss zu günstigen Preisen nicht zum malthusianistischen Narrativ des World Economic Forum (WEF), das Macron zum Young Global Leader erkoren hat. Wie andere Führer des ehemals freien Westens muss er dafür sorgen, dass Strom knapp und teuer bleibt. Denn so lassen sich die Untertanen besser durch wirtschaftliche Erpressung disziplinieren und systemkonform steuern.

Streitfall Infraschall – ein unterschätztes Problem der Windkraft

geschrieben von Admin | 24. September 2023

Schutz – und Vorsorgepflichten werden ignoriert

Es klappern die Mühlen – nein, sie dröhnen, wenn der Wind weht. Immer größer werden die Anlagen, immer größer die Emissionen an Schall, Infraschall und Körperschall und immer geringer die Abstände zur Wohnbebauung. Den Staat interessieren die Folgen nicht. Dabei kann Infraschall die Gesundheit schädigen.

von Frank Hennig

Unzählige Themen werden von unseren sogenannten Qualitätsmedien inzwischen als „umstritten“ bezeichnet, besser gesagt: abgestempelt. Dabei hat dieses Adjektiv seinen an sich neutralen Charakter verloren. Umstritten sind die Atomkraft, die Gentechnik, der Verbrennerantrieb und Hans-Georg Maaßen beispielsweise. Auffällig ist, dass Sachverhalte, die wirklich umstritten sind, aus politisch-medialem Kalkül heraus so nicht bezeichnet werden. Mehr als tausend Bürgerinitiativen kämpfen in Deutschland gegen den exzessiven Ausbau der Windkraft, aber die Formulierung „umstrittene Windkraft“ wird man in den regierungsbegleitenden Medien kaum finden.

Es gibt viele Gründe, Kritik an der ausufernden Nutzung der Windkraft zu üben. Mitnichten sind die Mühlen emissionsfrei. Schall, Infraschall, Körperschall, Mikroplastik belasten die Umgebung während des Betriebes. Bei Montage und Demontage kommen viele Schwerlasttransporte und Bautransporte sowie deren Belastungen und Emissionen hinzu. Hunderte Fahrten von Betonmischfahrzeugen sind für ein einziges Fundament nötig, jeweils mit der Menge von 100 Säcken Zement im Mischer. Der massenhafte Ausbau ist eine einzigartige Materialschlacht. Die Emissionen bei der

Herstellung der Anlagen – von der Gewinnung Seltener Erde fürs Neodym bis zur emissionsreichen Herstellung von Stahl und Zement – bleiben meist unbeachtet. Diese finden oft im Ausland statt und belasten nicht die deutsche Vorgarten-Atmosphäre.

Ein wichtiger Grund, der vor allem anwohnende Betroffene auf die Palme treibt, sind die Schallemissionen. Zum einen ist der hörbare Schall mit dem typischen Geräusch je nach Windrichtung und Entfernung von der Wohnbebauung lästig. Dagegen kann man sich schützen durch gute Fenster und Türen sowie Vermeidung von Aufenthalt im Freien. Schutzlos hingegen ist man gegen den Infraschall, der unter der Wahrnehmungsschwelle von 16 Hertz (Schwingungen pro Sekunde) emittiert wird, aber dennoch Wirkung entfaltet. Die Besonderheit der Schallemissionen der Windkraftanlagen (WKA) besteht in seinem „gepulsten“ Charakter, das heißt, es ist kein gleichmäßiges Geräusch, sondern von intermittierender Stärke. Bei jeder Umdrehung des Rotors laufen die Flügel einmal am Turm vorbei, wobei es zu einer kurzen Unterbrechung der Windströmung kommt, da der Turm ein Hindernis darstellt und ein Luftstau vor ihm entsteht. Durch diese Änderung der Druckverhältnisse werden die Blätter in Schwingungen versetzt, die sie im weiteren Verlauf der Kreisbewegung beibehalten und an die Luft weitergeben. Die Blattspitzen sind der am stärksten schwingende Bereich der Rotorblätter.

Tief und tiefer

Der neben dem hörbaren Schall entstehende Infraschall umfasst einen Frequenzbereich von 16 bis unter 1 Hertz. Mit zunehmender Anlagengröße und immer längeren Rotorblättern sinkt diese Frequenz tendenziell weiter ab (längere Flügel schwingen langsamer), dafür nimmt der Schalldruck auf Grund der größeren Masse der Rotorblätter zu. Die Wellenlänge bei solchen Frequenzen liegt bei 20 Metern und mehr, das entspricht in etwa den Abmessungen von Gebäuden, so dass Resonanzen entstehen und auch innerhalb von Gebäuden keine Abschirmung stattfindet. Ähnliche Wirkung kennt man aus dem hörbaren Schallspektrum, etwa wenn der Nachbar in einem Mehrfamilienhaus seine Audio-Anlage aufdreht und als Wirkung die Bässe die Wände durchdringen, die hohen Töne hingegen nicht.

Infraschall ist in der Regel nicht wahrnehmbar, es sei denn, es wird ein Schalldruck von 100 Dezibel (dB) oder mehr erreicht, das ist dann schon die Schmerzgrenze.

Nicht die absolute Entfernung zur Wohnbebauung allein ist für die Beeinträchtigung maßgebend, auch die Ausbreitungsbedingungen der Schallwellen. Neben der aktuellen Wetterlage spielt das Geländeprofil mit entsprechenden Reflexionen eine Rolle. Zudem werden heute WKA fast immer in Gruppen aufgestellt, wodurch sich Schallwellen überlagern, es gibt Interferenzen mit Abschwächung oder Verstärkung der Wellen. Das kann zur Folge haben, dass Häuser, die weiter entfernt von den WKA stehen, stärker belastet werden als Gebäude in geringerer Entfernung. Die Reichweite des Infraschalls kann nach Angaben einer finnischen

Studie zehn Kilometer überschreiten. Die Nichthörbarkeit bedeutet nicht, dass der Infraschall keine Wirkung entfaltet. An dieser Stelle gehen die Einschätzungen verschiedener Studien weit auseinander. Während das Bundesumweltamt und von der Windbranche beauftragte Studien zum Ergebnis kommen, dass der Energieinhalt des von WKA emittierten Infraschalls viel zu gering sei, um Gesundheitsschäden zu bewirken, sehen das internationale Studien, Ärzte und betroffene Bevölkerung anders. Die Wahrheitssuche wird durch die unterschiedliche Sensibilität der Betroffenen erschwert. Während manche Menschen relativ unbeeindruckt bleiben, werden andere ernsthaft chronisch krank.

Infraschall wird im Unterbewusstsein wahrgenommen und kann im Körper pathogenes Potenzial entfalten. Der Brustkorb hat eine Eigenfrequenz von 6 bis 12 Hertz, der Bauch von 0,8 bis 4, der Kopf ebenso („Kompendium der Flugmedizin“, 2002). Liegt der Mensch in einem durch Körperschall niedrigfrequent schwingenden Bett, so treten Resonanzen auf und diese Körperteile schwingen mit. Es entstehen Mikrozirkulationsstörungen und der Körper versucht instinktiv, durch Muskelspannung diese Schwingungen zu unterbrechen, was der Schlafqualität abträglich ist. Der Körper interpretiert den Infraschall als Gefahr und gerät in einen unbewussten Alarmzustand. Die Erlebnisberichte sind eindrucksvoll (siehe im Beitrag eingebettetes Video). Oft müssen sich Betroffene auf eine Ärzte-Odyssee begeben, da die Ursachen nicht konkret feststellbar sind.

Akut und chronisch

Die entstehenden Beschwerden sind vielfältig und individuell verschieden. Schwäche, Übelkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Migräne, Konzentrationsprobleme, Herzrhythmusstörungen, Bluthochdruck, Atemnot, Schlafstörungen, RLS (restless legs syndrom), Immundefizite, zeitweise Sehstörungen, Symptome ähnlich der Seekrankheit können die Folge sein. Unter Ärzten hat sich die Abkürzung WTS (Windturbinensyndrom) eingebürgert, als Diagnoseschlüssel für die Krankenkassen bietet sich T75.2 (Infraschall) an.

Die Universität in Mainz beaufschlagte Herzmuskelgewebe mit Infraschall und stellte als Folgewirkung eine erhebliche Schwächung des Gewebes fest.

Öffentlich bekannt wurde das Thema durch Ereignisse in einer Nerzfarm in Dänemark. In der Nacht zum 6. Dezember 2013 wurden nach der Inbetriebnahme mehrerer WKA bei Westwind die Tiere aggressiv und bissen sich zum Teil gegenseitig tot. Später wurden Missgeburten und Missbildungen festgestellt. Folge war ein längerfristiges Ausbaumoratorium für die Windkraft in Dänemark. Berichte über abnormales Verhalten von Weidetieren und Hütehunden und von Missgeburten bei Rindern sind bekannt. Wildtiere meiden die nähere Umgebung von WKA.

Wie bei allen negativen Folgen, die der Ausbau der Windkraft mit sich

bringt, versuchen die Medien in ihrer Tendenzberichterstattung dieses Thema zu ignorieren oder als Aktivität von Energiewendegegnern und Quertreibern zu denunzieren. Das greift zu kurz, denn der Widerstand ist europäisch, sogar global, wenn man an die Fischer in Mexiko denkt, wo aber weniger der Infraschall, dafür mehr ihre Existenz im Mittelpunkt steht.

Der Windkonzern Enercon zahlte in Irland eine Abfindung an sieben Familien, die vor dem High Court Klage eingereicht hatten (FAZ vom 11. September 2017). Das französische Appellationsgericht in Toulouse gab in einem Urteil vom 8. Juli 2021 Klägern Recht, die auf Feststellung gesundheitlicher Auswirkungen des Infraschalls von WKA geklagt hatten. Ein Schadensersatzanspruch wurde bestätigt. Die Betroffenen wohnen 700 bis 1.300 Meter von WKAs entfernt, Distanzen, die in Deutschland bald unterschritten werden sollen.

Weder Ochs noch Esel ...

Die deutsche Energiewende in ihrem Lauf soll natürlich durch nichts behindert werden. Bezeichnend ist, dass gerade in den Ländern mit großem Ausbau an Windenergie – Dänemark und Deutschland – die wenigsten Untersuchungen zu diesem Thema stattfinden. Anstelle Erkenntnisse gewinnen zu wollen, die Zusammenarbeit und Lösungen zu suchen, reagiert die Branche aggressiv. Die gesundheitlichen Beschwerden entstünden aus der Ablehnung der Windkraft heraus, es seien sogenannte kommunizierte Krankheiten psychosomatischer Natur.

Selbst wenn das in Einzelfällen zutreffen sollte, ist es schäbig, nachweislich erkrankte Menschen in ganzer Gruppe als „psycho“ oder „bekloppt“ hinzustellen. Nicht einmal eine gründliche Untersuchung der Ursachen wird angestrebt. Es sei ein Nocebo-Effekt (Einbildungskrankheit), Nimbys mit unangemessenem Sozialverhalten würden die Anlagen nur in ihrer Nähe nicht wollen (wobei auch diese Einstellung hinsichtlich des Wertverlustes von Immobilien verständlich ist). Der Umgang mit Betroffenen folgt bewährten drei Stufen: 1. ignorieren, 2. herabwürdigen, lächerlich machen, 3. zu Gegnern erklären, zu Saboteuren der Energiewende, final zu Nazis.

Es wird die merkwürdige Argumentation bemüht, der Infraschall der WKA könne nicht schaden, da man ihn nicht wahrnimmt. Was man nicht hört, könne nicht schaden. Nach dieser Logik wäre auch Radioaktivität nicht schädlich, denn man spürt sie nicht. Röntgenstrahlung oder Asbest nimmt der Körper ebenfalls nicht wahr, dennoch gelten strenge Schutzbestimmungen. Man ignoriert den Unterschied zwischen Wahrnehmungsschwelle und Wirkschwelle. Es gibt den Vergleich mit anderen Infraschallquellen wie Meeresbrandung oder Autofahrten. Aber wer muss schon dauerhaft im fahrenden Auto schlafen? Zudem wirkt der gepulste Schall der WKA offenbar anders als der von kontinuierlich emittierenden Quellen.

„Deutschland ist das größte Freiluftlaboratorium auf dem Energiesektor“, sagte Christoph Frei, der Generalsekretär des Weltenergieerates (im Interview des *rbb-Inforadio* am 31. Januar 2015). In diesem Labor sind Wirtschaft und Menschen die Versuchskaninchen. Auch wenn es sich um eine Güterabwägung handelt, sind fahrlässige Körperverletzung und unterlassene Hilfeleistung grundsätzlich strafbar.

Der Staat hat nicht nur eine Schutz-, sondern auch eine Vorsorgeverpflichtung. Das Vorsorgeprinzip wird in Fragen der Gentechnik, von Pestiziden oder der künstlichen Intelligenz ohne klare Beweislagen praktiziert, betreffs der „Erneuerbaren“ jedoch völlig ignoriert. Weder die Infraschallbelastung noch die Wetter- und Klimaauswirkungen der Anlagen werden zielgerichtet erforscht. Erklärbar ist dies durch die politische Festlegung auf Wind- und Solarenergie als Endstadium energietechnologischer Entwicklung und eine Einengung des Energiemixes auf diese Energiequellen.

Wind und Solar als Endstadium

Die staatliche Ignoranz geht weiter. Abstände zur Wohnbebauung werden weiter verringert. Im Windschatten eines „Gesetzes zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes“ wurden nächtliche Geräuschgrenzwerte um 4 dB angehoben, was etwa einer Verdopplung der Lautstärke entspricht. Man beruft sich auf einen Notfall bei der Energieversorgung auf Basis einer EU-Verordnung. Was tun beim Notfall Windstille?

Die Bürger müssen sich selbst helfen. Betroffene berichten, im Keller zu schlafen, dort sei die Beeinträchtigung geringer. Langfristig wird Landflucht einsetzen, traditionelle Urlaubsgebiete werden an Bedeutung verlieren. Die Branche wird weiter versuchen, die Glaubwürdigkeit Betroffener zu erschüttern. Dagegen stehen die Aussagen europaweit belasteter Menschen, dass sich bei windarmen oder windstillen Wetterlagen die chronischen Beschwerden verringern, die akuten sogar verschwinden.

Ein fürsorgender Staat würde in internationaler Zusammenarbeit für unbeeinflusste, hochkarätige Studien sorgen, er würde angesichts der offensichtlichen Gesundheitsgefahren keinesfalls Abstände zu WKA verkürzen, eher ein Ausbaumatorium verfügen, bis Klarheit über die Auswirkungen besteht. Nichts von alledem wird getan, denn eine Lobby bestimmt den energiepolitischen Kurs. Diesen als „umstritten“ zu bezeichnen, wird den sogenannten Qualitätsmedien allerdings nicht passieren.

Weiterführend:

- Deutsche Schutz- Gemeinschaft- Schall für Mensch und Tier e.V. – Krank durch Infraschall
- Vortrag Dr. Mayer bei You Tube
- Mainzer Studie: Infraschall von Windrädern kann die Herzleistung des

Menschen deutlich schädigen

- REM-Schlaf: Windturbinen-Lärm beeinträchtigt den Traumschlaf
- Anschreiben vom 23. Juli 2017
- Anschreiben Klärungsbedarf vom 23. Juli 2017

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Die Abschaffung der Grundlast – die verpasste Chance

geschrieben von Admin | 24. September 2023

Von Günter Keil

(überarbeitete Version vom 23.9.23)

Immer wieder lohnt es sich, politische Vorschläge sogar aus der etwas jüngeren Vergangenheit auszugraben, weil man dadurch wahre Schätze entdeckt, die leider durch den üblichen Politikerstreit untergepflügt worden sind. Es ging auch schon vor 10 Jahren sehr engagiert um die Energiewende, und da gab es einen wegweisenden Vorschlag, der leider in Vergessenheit geriet.

Ich erinnere an eine Forderung eines bekannten Fraktions-Chefs des Bundestags, die von Ralf Schutt am 12. Nov. 2013 im Internet veröffentlicht wurde (s. Lit. 1), was auf einer Meldung von focus.de beruhte (Lit. 2). Zitat der Mitteilung von R. Schutt: (Titel): „Grünen-Politiker Hofreiter kritisiert Entscheidung zur Energiewende.“ „Grünen Fraktionschef Anton Hofreiter stellt die Aussage von SPD und Union in Zweifel, dass die Energiewende als solche nicht infrage stehe: (Es folgt Hofreiters Kritik): „Das ist ja eine schöne Aussage, wenn dann de facto die Handlungen anders sind“ sagte der Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion am Dienstag im Deutschlandfunk. „Im Moment betreiben wir zwei Systeme parallel: Atomkraft, Braun- und Steinkohle bilden die Grundlast – und obendrauf haben wir noch ein Erneuerbares-Energie-System.“ Das könne nur teuer sein, sagte Hofreiter. Er hält ein anderes System für besser: „Die kluge Methode wäre, wir machen Sonne und Wind als Grundlast.“ Zum Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und Grünen habe unter anderem beigetragen, dass die Union diesen Vorschlag ablehnt, sagte Hofreiter. (Ende des Textes von R. Schutt).

Die beiden Literaturstellen: 1.) E-Mail vom 12. Nov. 2013, „Hochreiter: Die kluge Methode wäre, wir machen Sonne und Wind als Grundlast.“

2.)

<http://www..focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-gruenen-politiker-hofreiter-kritisiert-entscheidung-zur-energiewende-aid-1155635.html>

Dazu einen Kommentar: Die zitierten Aussagen von Herrn Hofreiter enthalten nicht nur eine, sondern zwei bemerkenswerte Feststellungen: Dass ausgerechnet die Grünen damals – allerdings noch in der Opposition zur Großen Koalition – klar und völlig berechtigt die von der Regierung eingerichtete Energiewende scharf kritisierten, weil wir damit „zwei Systeme parallel betreiben. Was nur teuer sein könne“. Sehr wahr und respektabel. Aber heute haben wir leider nach wie vor diese zwei parallelen, teuren Stromerzeugungssysteme. Nur mit dem Unterschied zur damals bereits kritisierten Situation, dass die Kernkraft abgeschafft wurde und die Kohlekraftwerke bis vor kurzem weitgehend stillgelegt wurden. Das war die von Hofreiter kritisierte falsche Grundlast, und die ist nicht nur in die zweite Reihe herabgestuft, sondern weitgehend ruiniert worden. Ein unerwarteter Erfolg. Aber immer noch braucht man Gaskraftwerke als Lückenbüßer bei Wind- und Solarstrom-Abstürzen – und jetzt auch wieder die erneute geradezu heimliche Inbetriebnahme bereits stillgelegter Kohlemeiler. Und die Windkraft soll massiv ausgebaut werden, was aber leider den großen Blackout erwarten lässt. Ganz so hatte es sich Herr Hofreiter wohl nicht vorgestellt.

Sein entscheidender Vorschlag, einfach Wind- und Sonnenstrom zur Grundlast zu ernennen, erscheint irgendwie genial. Die Physik besteht ja bekanntlich aus Naturgesetzen, aber eben aus Gesetzen, die man doch irgendwann beschlossen hat. Früher wohl durch Erlasse von Herrschern oder später eben durch Mehrheitsentscheidungen in Parlamenten. Und Gesetze kann man selbstverständlich novellieren. Denn sie sind nun einmal Produkte von Juristen.

Dass Herr Hofreiter das ganz ernst meinte, bekräftigte er mit den bedauernden Worten, „dass die Union diesen Vorschlag abgelehnt hat. Genau diesen. Es gab keinen anderen...Es kann angenommen werden, dass die Union diesen Vorschlag nicht etwa deshalb abgelehnt hat, weil er irre ist, sondern weil er von der Opposition kam. Das Parlament besteht auch jetzt zu 70 % aus Juristen. Und drastische Gesetzesänderungen sind stets unbeliebt.

Was die Entzauberung der vermeintlichen Naturgesetze betrifft, ist es allerdings mit der Umkehrung von Grund- und Spitzenlast bei der Stromversorgung noch nicht getan, so gut auch Hofreiters Ansatz ist. Auch die Meteorologie muss jetzt von Tabus gesäubert werden: Dass Solarstrom angeblich nicht nachts erzeugt werden kann und Windkraft nicht bei Flaute, ist nicht akzeptabel. Diese Behauptungen werden stets als Begründungen in der Grundlast-Debatte angeführt.

Ein weiteres Manko unseres ganzen Energiesystems ist die Diskriminierung der freien Erfinder, die sich gerade damit besonders befassen. Nahezu unzählig sind bereits die Erfindungen des Perpetuum Mobiles 1. Art – also der Maschine, die ohne Betriebsstoffe unbegrenzt Energie erzeugen kann. Das Patentamt lehnt sogar die Annahme und Prüfung dieser Erfindungen ab und man behauptet, dass deren Begründung fast immer mit der Aussage „Gestern ging`s noch“ vorgelegt wird. Aber der rheinländische Spruch „Von nix kommt nix“ kann ja wohl nicht die einzige Entscheidungsgrundlage dieses Amtes bleiben. Das Energieproblem wäre schließlich für alle Zeiten gelöst.

Die Physik ist bisher leider als unantastbarer Teil der sogenannten Naturgesetze missverstanden worden. Das Problem besteht nur darin, dass sowohl verstockte Elektrotechniker (wie der Autor dieser Zeilen) sowie der gesamte Rest der bisherigen Fachleute schwer zu überzeugen sind.

Dabei wäre es doch zu schön, wenn man zum Beispiel auch Newtons Gesetze einfach abschaffen würde. Dann wäre ich endlich die verdammte Schwerkraft los.

Klimaschwindel: Auch Ex-MDR-Wettermann packt bei AUF1 aus!

geschrieben von Admin | 24. September 2023

Gleich die erste Folge der neugestalteten Sendung „Lagebesprechung AUF1“ mit Dietmar Heuritsch hat es in sich: Während in den Systemmedien von früh bis spät die angeblich drohende Klima-Katastrophe beschworen wird, zeigt AUF1 das System hinter der Propaganda auf.

Fünf hochkarätige Studiogäste diskutieren die Frage „Deindustrialisierung, Auto-Verbot, CO2-Diktatur: Wohin führt die Klimahysterie?“. Dabei decken sie auf, was wirklich hinter der Klimahysterie steckt: Ein geschickt inszenierter Schwindel, hinter dem handfeste politische und wirtschaftliche Interessen der Globalisten stehen.

Thomas Globig war 20 Jahre lang der Wettermann beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Bei der Premierensendung der neuen „Lagebesprechung AUF1“ äußerte sich der Meteorologe erstmals im Fernsehen kritisch zur Klimahysterie. Globig erklärt, wie beim Wetter getrickst wird, um es für die Panikmache zu missbrauchen. „1911 gab es in Deutschland Temperaturen von 38 Grad und mehr. Da hat sich keiner Gedanken gemacht über einen Hitze-Lockdown. Die hohen Temperaturen gab es schon immer“, sagt Globig. Satelliten würden die Bodentemperaturen vom Weltraum aus

messen. „Natürlich ist die Bodentemperatur viel höher, wenn die Sonne draufknallt. Wetterstationen hingegen sind in zwei Meter Höhe angebracht. Dadurch sind deutliche Abweichungen möglich.“

C02 gehört zu Erde und Natur

Historiker Dr. Holger Thuß ist Präsident des „Europäischen Instituts für Klima & Energie“ (EIKE), das die These vom menschengemachten Klimawandel grundsätzlich in Frage stellt. Er ist überzeugt davon, dass ausschließlich die Natur für globale Klimaveränderungen verantwortlich ist. „C02 ist nichts Schädliches, sondern gehört zur Erde und zu unserem Sonnensystem. Wenn Politiker gegen C02 kämpfen, kämpfen sie eigentlich gegen die Natur.“

Ökonom Dr. Eike Hamer von Valtier ist Vorstand im Mittelstandsinstitut Niedersachsen und Herausgeber von „Wirtschaft aktuell“, dem renommierten Informationsbrief über Hintergründe von Politik und Wirtschaft. Er betrachtet die Klima-Hysterie als eine orchestrierte Panikmache, hinter der handfeste Machtinteressen der globalen Netzwerke stehen: „Es geht wie immer um Macht und Geld.“ Mit dem C02-Trick sollen letztendlich planwirtschaftliche Strukturen wie in der Sowjetunion geschaffen werden, die den Globalisten-Zirkeln totale Kontrolle und damit den Machterhalt garantieren sollen.

AUF1-Journalistin Kornelia Kirchweger, ehemalige Pressemitarbeiterin im österreichischen Bundeskanzleramt, erzählt, wie man staatliche Funktionsträger dort „auf Linie bringt“. Die langjährige Beobachterin der internationalen Klimawandel-Propaganda sagt, dass Politiker heute nur noch in einer Blase leben würden: „Das Volk ist ihnen egal.“

Der Beitrag erschien zuerst bei PI hier

Ist das französische Kernenergie-Monopol EDF noch zu retten?

geschrieben von Admin | 24. September 2023

von Edgar L. Gärtner

Électricité de France (EDF) war noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Stolz Frankreichs. Die Franzosen bezahlten für ihren Strom dank bis zu 75 Prozent Kernenergie und eines bedeutenden Anteils alpiner Wasserkraftwerke nur etwa halb so viel wie ihre deutschen Nachbarn. Zwar

hatte bereits der Sozialist François Mitterand im Präsidentschaftswahlkampf von 1981 den Ausstieg aus der Kernenergie versprochen. Tatsächlich wurden aber zu Beginn seiner relativ langen Amtszeit mehr Kernkraftwerke in Betrieb genommen als jemals zuvor. Noch konnte sich der gesunde Menschenverstand gegen grün-sozialistische Utopien durchsetzen.

In Ihrer großen Mehrheit war den Franzosen damals noch bewusst, dass sie nur unter großen Opfern zu ihrer relativ bequemen Versorgungslage hatten gelangen konnten. Im Jahre 1946, nach der Befreiung Frankreichs von der nazistischen Besatzung, stand das Land mit beinahe nichts da. Es gab nur geistiges Kapital in Gestalt der Erfahrungen der „Résistance“ gegen den Nazismus und der Entdeckungen der beiden Nobelpreisträger Jean Frédéric und Irène Joliot-Curie, beide als Sympathisanten der Kommunisten in der internationalen Friedensbewegung engagiert. Die Gründung von EDF ging maßgeblich auf den kommunistischen Gewerkschafter Marcel Paul zurück. Das Unternehmen blieb bis in die jüngste Zeit eine Hochburg der Linken CGT mit beneidenswerten Gehältern und Sozialleistungen. 1948 taten sich die Anhänger General de Gaulles mit den Kommunisten zusammen, um den ersten kleinen Kernreaktor namens „Zoé“ zu bauen, dessen Prototyp sie vor den Nazis verbergen konnten. Frédéric Joliot-Curie wurde 1946 erster Hochkommissar des französischen Atomenergie-Sekretariats. Er trat aber 1950 wieder zurück, weil er sich mit seinem Team weigerte, an der französischen Atombombe mitzubauen.

Da der französische Staat in den 1950er Jahren wegen des Indochina-Krieges, des Suez-Krieges und des Algerienkrieges nie weit von der Pleite war, konnte die zivile Kerntechnik nur langsam entwickelt werden, zumal die militärische „Force de Frappe“ unter de Gaulle Vorrang genoss. Stattdessen wurden in den Alpen und in den Pyrenäen riesige Stauseen angelegt. Hinzu kamen Staustufen am Rhein-Seitenkanal und an der Rhône. Wasserkraftwerke machten zu Beginn der 1960er Jahre um die 70 Prozent der französischen Elektrizitätserzeugung aus. Im Laufe der 1960er Jahre kamen dann etliche Ölkraftwerke hinzu, um die wachsende Nachfrage der nach dem Ende der Kolonialkriege boomenden Industrie zu befriedigen. In dem neu aus dem Boden gestampften Hafen von Fos-sur-Mer in der Nähe von Marseille konnten die Supertanker direkt ins Kraftwerk einlaufen. Ähnlich war es in Le Havre am Ärmelkanal. Kohlekraftwerke gab es nur in Lothringen und in Gardanne bei Aix-en-Provence. Zwischen 1959 und 1972 entstanden in Frankreich nur neun kleinere gasgekühlte und graphitmoderierte Kernreaktoren, die mit Natururan auskamen. Im Jahre 1973, vor der Verkündung des ehrgeizigen Nuklearprogramms von Premierminister Pierre Messmer (unter Staatspräsident Georges Pompidou), erreichte der Kernenergieanteil an der französischen Elektrizitätserzeugung gerade einmal 8 Prozent.

Dann ging auf einmal alles schnell. Die Regierung Messmer wartete nicht auf Signale aus Brüssel, wo den nationalen Regierungen angesichts der ersten „Ölkrise“ nahegelegt wurde, auf die Kernenergie umzusteigen. Die französische Regierung gab ihren eigenen Reaktortyp auf und kaufte vom

US-Konzern Westinghouse eine Lizenz zum Serienbau von Druckwasserreaktoren. Das erste Kernkraftwerk dieses Typs wurde beim elsässischen Fessenheim am Rhein in der Nähe von Freiburg in Angriff genommen. Danach folgte Bugey an der Rhône in der Nähe von Lyon. Deren Bau gestaltete sich zwar länger als geplant. Doch ging es wegen der Serienproduktion deutlich schneller voran als in Deutschland, wo nach der „Ölkrise“ unter Bundesforschungsminister Hans Matthöfer (SPD) ein ähnlich ehrgeiziges Nuklearprogramm beschlossen worden war. Dort traf der Plan allerdings sofort auf heftigen Widerstand von Bürgerinitiativen. Im Jahre 1980 nahmen sieben französische Kernkraftwerke ihren Betrieb auf, im Jahre 1981 sogar acht. 1983 kam schon fast die Hälfte des französischen Stroms aus Kernkraftwerken, 1990 zu etwa drei Vierteln.

Nennenswerter Widerstand regte sich in Frankreich erst, als sich bei den Kernkraftwerken bedeutende Überkapazitäten abzeichneten. Die Prognosen des Wirtschaftswachstum in den „Trente Glorieuses“ (den drei Jahrzehnten des „Wirtschaftswunders“ nach der Kolonialzeit) erwiesen sich als zu optimistisch, zumal sich das Wirtschaftswachstum in Frankreich mehr und mehr auf den Dienstleistungssektor konzentrierte, während der Beitrag der stromfressenden Schwerindustrie zum BIP zunächst stagnierte und später sogar deutlich schrumpfte. Gegen Ende der 1980er Jahre waren die Kernreaktoren von EDF nur zu etwa 60 Prozent ausgelastet. Der monopolistische Stromkonzern forcierte deshalb den Stromexport nach Italien und später auch nach Deutschland.

Schon 1997 bekam EDF einen Schuss vor den Bug, indem der französische Staatspräsident Lionel Jospin, der sozialistische bzw. trotzkistische Nachfolger Mitterands, zum Jahresende 1998 die endgültige Stilllegung des Prestige-Projekts des „Schnellen Brütters“ Superphénix bei Creys-Malville an der Rhône verfügte. An diesem mit großen Zukunftshoffnungen verbundenen Projekt (Nachfolger des kleineren Brut-Reaktors „Phénix“, der bis 2010 in Betrieb war) war nicht nur EDF, sondern auch die italienische ENEL und indirekt auch das deutsche RWE beteiligt. Der Reaktor erreichte nie seine Nennleistung von 1.200 Megawatt, weil er wegen Korrosionsproblemen im Natrium-Kühlsystem für längere Zeit ausfiel und nicht wieder voll hochgefahren werden konnte. Schon während der relativ langen Bauzeit des Reaktors kam es zu Massenprotesten von französischen, schweizerischen, italienischen, belgischen und deutschen Grünen und Kommunisten. Es gab etliche Sabotageversuche und in der Nacht zum 18. Januar 1982 sogar einen Angriff mit einem tragbaren sowjetischen Raketenwerfer. Zwei der abgefeuerten Geschosse explodierten, hinterließen aber nur geringen Schaden an dem noch im Bau befindlichen Kraftwerk. Im Mai 2003 bekannte sich Chaïm Nissin, ein Mitglied der Schweizer Grünen, zu dem Anschlag. Die Waffen waren vom Top-Terroristen Illich Ramirez Sánchez („Carlos“) von Ost-Berlin nach Belgien geschmuggelt worden. Lionel Jospin begründete den Stopp des Brüter-Projekts mit dessen ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Es entstanden über 9 Milliarden Euro Kosten und kaum Gewinne, da das Kraftwerk während der Stillstände wegen der Notwendigkeit der Aufheizung

des Natriums über längere Zeiträume mehr Energie verbrauchte als erzeugte.

Nach der endgültigen Schließung des Brüters von Creys-Malville bekam die französische Nuklearindustrie nie mehr Ruhe. Ähnlich wie ihre deutschen Genossen rückten die französischen Sozialisten von der Unterstützung der Kernenergie ab, als sie sich in der Opposition befanden. Als die Sozialisten im Juni 2012 mit dem Sieg François Hollandes in der Stichwahl gegen Nicolas Sarkozy wieder ans Ruder kamen, wurde jedoch kein einziges Kernkraftwerk abgeschaltet. Erst unter dem jetzigen Präsidenten Emmanuel Macron (im Juni 2020) wurde die im November 2011 von den Sozialisten und den Grünen erhobene Forderung, das Kernkraftwerk Fessenheim sofort stillzulegen, umgesetzt. Das Abkommen zwischen den Sozialisten und den Grünen sah darüber hinaus vor, im Falle eines linken Wahlsiegs im Jahre 2012 nicht weniger als 24 von damals 58 Kernreaktoren bis zum Jahre 2025 vom Netz zu nehmen.

Henri Proglio, der damalige Chef von EDF, erzählte in diesem August auf einem Seminar der Stiftung „Res publica“, dass die ahnungslosen Grünen überrascht waren, als die Sozialisten ihnen die Stilllegung von 24 Kernkraftwerken vorschlugen, denn sie wollten eigentlich nur die Abschaltung der zwei Reaktoren von Fessenheim, weil sie durch Google-Recherche im Internet erfahren hatten, dass das die ältesten noch laufenden Reaktoren in Frankreich waren. Die Grünen erfuhren über Google aber nicht, dass EDF gerade anderthalb Milliarden Euro in die Modernisierung dieses Kraftwerks investiert hatte und dass dieses von der französischen Autorité de sûreté nucléaire (ASN) gerade als sicherstes Kernkraftwerk Frankreichs eingestuft worden war. Im Endeffekt trugen die Grünen die maßlose Forderung der Sozialisten mit. Es kostete sie ja nichts. Seither beherrscht die Forderung nach einer Senkung des Anteils der Kernenergie an der Stromversorgung von 75 auf 50 Prozent wie ein religiöses Dogma den energiepolitischen Diskurs in Frankreich. Niemand weiß, woher dann beim gegebenen Anteil der Wasserkraft die fehlenden 25 Prozent der Grundlast kommen sollen.

Erst vor wenigen Wochen kam endlich Bewegung in die Debatte. Am 21. August 2023 verlängerte die ASN die Laufzeit des Reaktors Nr. 1 des KKW Tricastin in Südfrankreich um 10 Jahre, d.h. auf insgesamt 50 Jahre. Es wird erwartet, dass das nur ein Anfang ist. In den USA wurde die Laufzeit baugleicher Reaktoren schon auf 60 Jahre verlängert. Die ASN wird sich vermutlich etwas Zeit lassen mit weiteren Laufzeitverlängerungen. Denn das im letzten Jahr nach der Entdeckung von Spannungsrissen an Schweißnähten von Kühlleitungen von französischen Kernkraftwerken der 1500 MW-Klasse angelaufene umfassende Revisionsprogramm ist noch nicht abgeschlossen. Da neben dem Revisionsprogramm auch noch die wegen des Corona-Lockdowns ausgefallenen KKW-Wartungen nachgeholt werden mussten, standen im vergangenen Jahr zeitweise 26 von 56 französischen Kernreaktoren Monate lang still. Das bescherte EDF einen Jahresverlust von fast 18 Milliarden und einen Schuldenstand von fast 65 Milliarden Euro. (Wir haben darüber

berichtet.) So führte anscheinend kein Weg mehr an der vollständigen Verstaatlichung der früher autonomen Aktiengesellschaft (mit staatlicher Aktienmehrheit) vorbei. Der ehemalige EDF-Chef Henri Proglio glaubt allerdings nicht, dass das Unternehmen damit gerettet ist. Ich würde mich nicht wundern, wenn Emmanuel Macron bei einer weiteren Zuspitzung der französischen Finanzlage versuchte, EDF zu zerpfücken, um Teile davon am internationalen Kapitalmarkt anzubieten. Das würde sicher einen Aufstand auslösen...